



25.01.2012 – 11:06 Uhr

ikr: Projekt "Fondsplatz Liechtenstein" wird fortgesetzt

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat eine erweiterte Projektorganisation zum vor gut zwei Jahren lancierten Projekt "Fondsplatz Liechtenstein" beschlossen. Sie dient der Neustrukturierung der bisherigen Projektleitung und der eingesetzten Arbeitsgruppen. Damit wird das Projekt "Fondsplatz Liechtenstein" strategisch an den Bedürfnissen der Akteure ausgerichtet, so dass die Fondswirtschaft und der Standort Liechtenstein davon profitieren können.

Umfassender Einbezug der Akteure

Das Projekt "Fondsplatz Liechtenstein" steht neu unter der Leitung eines Steuerungsausschusses, dem vier Projektgruppen untergeordnet sind. In allen Projektgruppen nehmen Vertreter der Interessensverbände und der FMA sowie weitere Experten Einsitz. Der Steuerungsausschuss koordiniert und überwacht die verschiedenen Arbeiten, die alle dem Ziel dienen, dass der Fondsplatz Liechtenstein innerhalb und ausserhalb des Europäischen Wirtschaftsraums vollumfänglich und gleichberechtigt am Wettbewerb teilnehmen kann. Gleichzeitig sollen die besonderen liechtensteinischen Gegebenheiten berücksichtigt werden, um Liechtenstein in eine vorteilhafte Wettbewerbsposition zu bringen.

Marktpotential wird untersucht

Eine durch verschiedene Verbände mit Unterstützung der Regierung beim Beratungsunternehmen PricewaterhouseCoopers in Auftrag gegebene Marktstudie soll das Potential des liechtensteinischen Marktes im Fondsbereich, vor allem im Bereich der alternativen Investmentfonds einschliesslich Hedgefonds und anderer Produkte ausleuchten und Massnahmen vorschlagen. Dazu Regierungschef Klaus Tschütscher: "Wir möchten Liechtenstein als Fondsstandort noch wettbewerbsfähiger machen und uns international noch stärker positionieren. Ich bin mir sicher, dass sich Liechtenstein unter anderem in diesem Bereich grosse Chancen bieten, die wir möglichst optimal nutzen müssen."

Gesetz wird noch 2012 dem Landtag vorgelegt

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (UCITSG) im vergangenen Jahr soll im Februar das Gesetz über die Verwaltung von alternativen Investmentfonds (AIFMG) in die Vernehmlassung geschickt werden. Das Gesetzgebungsverfahren zum AIFMG soll bis Ende 2012 abgeschlossen sein, um den Fondsmarktakteuren und der Aufsicht eine entsprechende Vorbereitungszeit zu geben und die Teilnahme am europäischen und internationalen Wettbewerb ab Juli 2013 sicherzustellen.

Kontakt:

Information und Kommunikation der Regierung
Markus Amann
T +423 236 63 06

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100711861> abgerufen werden.